

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 06.09.2026)

Titel: **Sichtbar machen, was uns geprägt hat – Für ein Museum zur Geschichte der Gastarbeiter*innen in München!**

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

2 Die GRÜNE JUGEND München setzt sich politisch, programmatisch und öffentlich
3 dafür ein, dass die Landeshauptstadt München ein eigenständiges Museum zur
4 Geschichte der sogenannten Gastarbeiter*innen schafft, das ihre Migrations-,
5 Arbeits- und Lebensgeschichte in München von den 1950er Jahren bis heute
6 sichtbar macht, erforscht und vermittelt.

7 Konkret fordert die GRÜNE JUGEND München:

- 8 1. Gegenüber der Landeshauptstadt München sowie gegenüber der
9 Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen–Rosa Liste setzt sich die
10 GRÜNE JUGEND München dafür ein, dass ein entsprechender Antrag in den
11 Kulturausschuss des Stadtrats eingebracht wird, mit dem Ziel, dass die
12 Vollversammlung des Stadtrats das Kulturreferat mit der Konzeption und
13 Errichtung eines Museums zur Geschichte der Gastarbeiter*innen in München
14 beauftragt.
- 15 2. Als ersten Schritt soll das Kulturreferat mit einer Machbarkeitsstudie
16 beauftragt werden, die Trägerschaft, Standort, Betriebskosten und mögliche
17 Kooperationen klärt – etwa mit dem Münchner Stadtmuseum, dem NS-
18 Dokumentationszentrum München, dem Stadtarchiv München, dem Historischen

Seminar der LMU München sowie migrantischen Selbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden.

3. Das Museum soll organisatorisch beim Kulturreferat der Landeshauptstadt München angesiedelt werden, analog zu bestehenden städtischen Erinnerungsorten, und dauerhaft mit ausreichenden Mitteln im städtischen Haushalt ausgestattet werden. Die entsprechende Mittelbereitstellung ist im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen durch die Stadtratsfraktion zu beantragen.
4. Die inhaltliche Konzeption soll partizipativ unter Einbeziehung von Zeitzeug*innen der Gastarbeiter*innen-Generation, ihren Nachkommen, migrantischen Communities und Selbstorganisationen, dem städtischen Migrationsbeirat sowie der Migrations- und Geschichtsforschung erfolgen.
5. Das Museum soll insbesondere folgende Aspekte der Münchner Gastarbeiter*innen-Geschichte abbilden: die Anwerbeabkommen und ihre wirtschaftlichen wie politischen Hintergründe, die Ankunft und Erstunterbringung in München, die Arbeits- und Wohnbedingungen, die besondere Situation von Gastarbeiterinnen, Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen, Familiennachzug und Vereinsleben sowie den bis heute wirkenden Beitrag dieser Generationen zur Münchner Stadtgesellschaft.
6. Das Museum soll einen expliziten Bildungsauftrag erhalten: museumspädagogische Angebote für Schulen und Jugendgruppen, mehrsprachige Führungen und Materialien sowie eine enge Anbindung an die politische Bildungsarbeit der Stadt.
7. Bei der Standortwahl soll geprüft werden, ob eine Anbindung an historisch bedeutsame Orte der Ankunft, etwa im Umfeld des Hauptbahnhofs, möglich ist, um die Geschichte auch räumlich erfahrbar zu machen.
8. Die Grüne Jugend München setzt sich innerhalb der Stadtgesellschaft, in Bündnissen sowie in politischen Debatten dafür ein, der Geschichte der Gastarbeiter*innen als integralem Bestandteil der Münchner Stadtgeschichte einen dauerhaften und würdigen Platz in der städtischen Erinnerungskultur zu verschaffen.

Begründung

1. Die Gastarbeiter*innen-Geschichte Münchens

München ist seit den 1950er Jahren eine der zentralen Ankunftsstädte der bundesdeutschen Arbeitsmigration. Beginnend mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen von 1955 schloss die Bundesrepublik in den folgenden Jahren weitere Anwerbeabkommen ab: mit Griechenland und Spanien 1960, mit der Türkei 1961, mit Marokko 1963, mit Portugal 1964, mit Tunesien 1965 und mit Jugoslawien 1968. Bis zum Anwerbestopp 1973 kamen auf diesem Weg rund 14 Millionen Menschen als sogenannte Gastarbeiter*innen in die Bundesrepublik, ein erheblicher Teil von ihnen nach München.

Der Münchner Hauptbahnhof war dabei zentraler Ankunftsort. Neuangekommene wurden zunächst in einem Bunker unter Gleis 11 registriert und verteilt, bevor sie, häufig in Baracken und nach Herkunftsländern getrennten Unterkünften, in der Stadt untergebracht wurden. Bereits 1969 lebten schätzungsweise 88.000 angeworbene Gastarbeiter*innen in München. Sie kamen überwiegend aus Italien, Griechenland, Spanien, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei und füllten Lücken auf dem Arbeitsmarkt, ohne die das sogenannte Wirtschaftswunder in dieser Form nicht möglich gewesen wäre.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren dabei oft prekär: niedrige Löhne, beengte Unterkünfte, kaum Ansprache in eigener Sprache und eine weitgehende Isolation von der einheimischen Bevölkerung prägten den Alltag vieler Gastarbeiter*innen. Besonders Gastarbeiterinnen waren zusätzlich von struktureller Benachteiligung betroffen, etwa durch die niedrigsten Löhne und eine hohe Mehrfachbelastung durch Erwerbsarbeit, Haushalt und Familie. Kirchliche und wohlfahrtsverbandliche Träger wie die Caritas richteten eigene Beratungs- und Freizeitzentren ein, weil sich Wirtschaft, Kommune und Staat nach zeitgenössischer Einschätzung deutlich zu wenig um die soziale Betreuung kümmerten.

Anders als der Begriff „Gastarbeiter“ suggerierte, blieben viele der angeworbenen Menschen dauerhaft. Bereits 1972 bekannte sich die Landeshauptstadt München in einer vom damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel in Auftrag gegebenen Studie offiziell dazu, eine Einwanderungsstadt zu sein, ein früher, bemerkenswerter Realitätscheck gegenüber der bundespolitischen Rotationsvorstellung. Die Geschichte der Gastarbeiter*innen ist damit keine Randnotiz, sondern ein konstitutiver Teil der Münchner Stadtgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

2. Warum diese Geschichte einen eigenen Raum braucht

Bislang wurde die Geschichte der Gastarbeiter*innen in München vor allem punktuell aufgearbeitet, etwa durch die vom Kulturreferat im Jahr 2000 herausgegebene Publikation und Ausstellung „Für 50 Mark einen Italiener“. Eine dauerhafte, für die Stadtgesellschaft jederzeit zugängliche Institution, die diese Geschichte kontinuierlich erforscht, vermittelt und weiterschreibt, existiert bislang nicht.

Das ist aus mehreren Gründen problematisch. Erstens prägt die Geschichte der Gastarbeiter*innen bis heute die Identität hunderttausender Münchner*innen mit Migrationsbiografie, ihrer Kinder, Enkel*innen und der

Communities, die aus dieser Migration entstanden sind. Wo diese Geschichte keinen sichtbaren Ort hat, fehlt auch die gesellschaftliche Anerkennung dessen, was diese Generationen für die Stadt geleistet haben. Zweitens prägt die Bezeichnung „Gast“ bis heute ein Bild von Vorläufigkeit und Nicht-Zugehörigkeit, das der Realität einer seit Jahrzehnten migrationsgeprägten und postmigrantischen Stadtgesellschaft nicht gerecht wird. Ein Museum kann diesem verengten Bild eine differenzierte, von den Betroffenen selbst mitgestaltete Erzählung entgegensetzen.

Drittens zeigt sich gerade jetzt ein Zeitfenster mit besonderer Dringlichkeit: Die Generation, die die Anwerbung und Ankunft der 1950er bis 1970er Jahre selbst erlebt hat, wird zunehmend älter. Ihre Erinnerungen als Zeitzeug*innen zu sichern und musealisch aufzubereiten, ist nur jetzt noch in vollem Umfang möglich.

3. Städtische Erinnerungskultur als Verantwortung

München hat mit Institutionen wie dem NS-Dokumentationszentrum, dem Jüdischen Museum München oder dem Stadtmuseum gezeigt, dass die Stadt bereit ist, Verantwortung für die eigene Erinnerungskultur zu übernehmen und ihr entsprechende institutionelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Diese Verantwortung darf nicht bei der NS-Zeit enden, sondern muss auch die Nachkriegsmigrationsgeschichte umfassen, die München ebenso grundlegend geprägt hat.

Da die städtischen Museen, Sammlungen und die kulturelle Bildungsarbeit in die Zuständigkeit des Kulturreferats fallen, ist dieses der richtige Ort für Konzeption und Betrieb eines solchen Museums. Über die konkrete Beauftragung entscheidet, wie bei vergleichbaren Vorhaben üblich, der Stadtrat: Ein Antrag der Stadtratsfraktion wird zunächst im zuständigen Fachausschuss, hier dem Kulturausschuss, vorberaten, bevor die Vollversammlung des Stadtrats über einen Prüf- oder Umsetzungsauftrag an das Kulturreferat sowie über die notwendigen Haushaltsmittel entscheidet. Die Grüne Jugend München kann diesen Prozess nicht selbst auslösen, wohl aber durch politischen Druck auf die eigene Partei und deren Stadtratsfraktion befördern.

4. Politischer Auftrag der GRÜNE JUGEND

Als progressive Jugendorganisation versteht sich die GRÜNE JUGEND München als politische Kraft, die für Antidiskriminierung, gesellschaftliche Teilhabe und eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Stadtgeschichte eintritt. Ein Museum zur Geschichte der Gastarbeiter*innen ist dabei mehr als ein kulturpolitisches Anliegen: Es ist Ausdruck der Überzeugung, dass eine Stadt erst dann ihrer migrationsgeprägten Realität gerecht wird, wenn sie deren Geschichte aktiv erzählt, statt sie zu übergehen.

Die GRÜNE JUGEND München möchte sich deshalb dafür einsetzen, dass München nicht nur eine weltoffene und vielfältige Stadt sein will, sondern dies auch institutionell und sichtbar in ihrer Erinnerungskultur verankert.